Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5009

20. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heinrich Graf von Einsiedel, Andrea Lederer, Manfred Müller (Berlin), Steffen Tippach, Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2868 –

Keine deutsche Beteiligung an militärischen Aufklärungssatelliten

A. Problem

Der Antrag geht davon aus, daß die Bundesregierung den Einstieg der Bundesrepublik Deutschland in die militärische Raumfahrt möchte. Zu diesem Zweck sollen Verhandlungen mit Frankreich über den Aufbau eines bilateralen bzw. multilateralen Satellitensystems begonnen werden. Konkret geplant sei die deutsche Beteiligung am französischen Aufklärungssatelliten HELIOS 2 und die Beschaffung eines unter deutscher Federführung zu entwickelnden Radarsatelliten. Mit den USA sollen Verhandlungen über den Ankauf eines amerikanischen Satellitensystems eröffnet werden. Es werde darüber diskutiert, diese militärischen Spionagesysteme im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) zu betreiben. Zur Begründung des kostspieligen Projekts weltraumgestützter „strategischer Aufklärung" werde auch angeführt, daß damit Abrüstungsabkommen verifiziert werden könnten. Satellitenaufklärung sei für frühzeitiges Krisenmanagement unentbehrlich.

B. Lösung

Um dieses zu verhindern, soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. keine Verhandlungen mit Frankreich über eine deutsche Beteiligung an HELIOS 2 bzw. mit den USA über den Kauf eines US-amerikanischen Aufklärungssatelliten zu führen;
2. die Pläne über die Entwicklung, Produktion und Dislozierung eines Radarsatelliten in bilateraler bzw. multilateraler Zusammenarbeit oder im Rahmen der WEU aufzugeben;

3. jegliche deutsche Beteiligung an militärischen Spionagesatelliten, in welcher Form auch immer, abzulehnen;
4. sich statt dessen im Rahmen der OSZE für eine Europäische Verifikationsagentur einzusetzen, die die Regelungen zur Überprüfung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen bündelt und koordiniert;
5. sich dafür zu engagieren, die Möglichkeiten der OSZE zur Krisenfrüherkennung und zur Konfliktprävention mit friedlichen Mitteln auszubauen.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Keine Angaben.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag auf Drucksache 13/2868 abzulehnen.

Bonn, den 13. Juni 1996

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Klaus Rose	**Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)**	**Gerd Höfer**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) und Gerd Höfer

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/2868 in seiner 92. Sitzung am 7. März 1996 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuß und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 30. Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags beschlossen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 39. Sitzung am 22. Mai 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags beschlossen.

Der federführende Verteidigungsausschuß hat in seiner 36. Sitzung am 12. Juni 1996 ohne vorherige Beratung über den Antrag abgestimmt. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der antragstellenden Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags.

Bonn, den 13. Juni 1996

Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Berichterstatter

Gerd Höfer
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333